

Protokoll

Gremium: Haushalts- und Personalausschuss

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 14.11.2018
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:45 Uhr
Sitzungsort: Kreishaus Westerstede, Sitzungssaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Joachim Finke

Mitglieder

Herr Hartmut Bruns

Frau Maria Bruns

Vertretung für KA Nacke

Herr Georg Köster

Herr Rüdiger Kramer

Herr Hartmut Orth

Herr Dennis Rohde

bis 17:32 Uhr

Herr Lars Schmidt-Berg

Frau Birgit Stadlik

Frau Freia Taeger

Herr Torsten Wilters

von der Verwaltung

Herr Landrat Jörg Bensberg

Herr Erster Kreisrat Thomas Kappelmann

Herr Kreisrat Ingo Rabe

Herr Leitender Kreisverwaltungsleiter Dr. Thomas Jürgens

Herr Kreisverwaltungsleiter Ralf Denker

Frau Gleichstellungsbeauftragte Anja Kleinschmidt

Frau Kreisverwaltungsleiterin Ute Fastje

Herr Kreisverwaltungsleiter Peter Hullen

Protokollführer

Frau Annemarie Schröder

Abwesend:

Mitglieder

Herr Jens Nacke

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 3 Feststellung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Haushalts- und Personalausschusses am 30.05.2018
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Stellenplan 2019
Vorlage: BV/141/2018
- 7 Haushalt 2018; Überplanmäßige Aufwendungen für die Beseitigung von Trockenschäden auf Kreisstraßen
Vorlage: BV/202/2018
- 8 Haushaltsvollzug 2018
Vorlage: MV/101/2018
- 9 Aufstockung Kreishaus, Übernahme des Gebäudeteils durch den Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/186/2018
- 10 Haushaltsplan 2019; Wesentliche Produkte
Vorlage: MV/102/2018
- 11 Wertgrenzen nach § 12 KomHKVO
Vorlage: MV/103/2018
- 12 Haushaltsplan 2019 a) Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2019 einschl. Stellenplan b) Investitionsprogramm 2019 bis 2022
Vorlage: BV/187/2018
- 13 Mitteilungen des Landrates
- 14 Anfragen und Hinweise
- 15 Einwohnerfragestunde
- 16 Schließung der öffentlichen Sitzung

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Finke eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung des Haushalts- und Personalausschusses und begrüßt die Anwesenden.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Verlauf der Sitzung auf Tonträger aufgenommen und diese Aufzeichnung nach Genehmigung des Protokolls wieder gelöscht wird.

Zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vors. Finke stellt fest, dass die Ladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Zu TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung laut Deckblatt wird einstimmig festgestellt.

Zu TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Haushalts- und Personalausschusses am 30.05.2018

Gegen die vorgenannte Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben; sie wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 5 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

Zu TOP 6 Stellenplan 2019 Vorlage: BV/141/2018

KVD Denker trägt ausführlich den Sachverhalt vor und bezieht sich auf die Vorlage. Er verweist u. a. auf den tabellarischen Überblick auf den Seiten 8 und 9 der Vorlage. In seinen Ausführungen macht KVD Denker deutlich, dass eine Stellenmehrung von 12,5 Stellen beim Landkreis Ammerland im Vergleich der Landkreise in der Region immer noch unterhalb des Vergleichsniveaus liege. Dies gelte auch für die Personalkosten. Von den 12,5 Stellen seien zwei Stellen darüber hinaus mit einem KW-Vermerk versehen. Er weist im Weiteren darauf hin, dass das Ausbildungsangebot für Nachwuchskräfte auf einem sehr hohen Niveau liege und der Landkreis über den eigenen Bedarf hinaus ausbilde. Abschließend fasst er zusammen, dass der Landkreis mit 12,5 zusätzlichen Stellen insgesamt unter Berücksichtigung aller dargelegten Aspekte die Stellenentwicklung moderat weiterführe. Die Einplanung von zwei KW Stellen mache zudem deutlich, dass man bezogen auf die Personalmehrung zurückhaltend agiere. Dies bestätige sich auch vor dem Hintergrund bestehender, aber noch nicht in zusätzlichen Stellen umgesetzter Bedarfe.

KA Frau Bruns ist der Meinung, dass eine Stellenmehrung von 12,5 Stellen sehr ausgewogen sei. Nach den gesetzlichen Regelungen hätten weitaus mehr Stellen geschaffen werden können. Angesichts der vielen Aufgaben der Kreisverwaltung und der gesetzlichen Vorgaben könne die Stellenmehrung von 12,5 Stellen mitgetragen werden. Auch dürfe nicht vergessen werden, dass Beförderungen beschlossen würden, um Personal halten zu können. Die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag zustimmen.

KA Kramer führt aus, dass die SPD-Fraktion den Beschlussvorschlag und somit die Stellenmehrung mittragen werde. Die Situation sei nachvollziehbar dargestellt und dokumentiert worden. Die Stellenplanung sei sehr ausgewogen, aber im Vergleich zu anderen Landkreisen eng bemessen. Er fragt nach, ob das Arbeitspensum trotzdem zu schaffen sei.

LR Bensberg erläutert, dass es aus den Ämtern des Landkreises deutlich höhere Stellenwünsche gegeben habe. Weitere zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätten durchaus beschäftigt werden können. Man sei aber dankbar, dass der Kreistag in der Vergangenheit zusätzliche Stellen für die Kreisverwaltung immer beschlossen habe. Aus diesem Grund solle versucht werden, mit der Aufstockung von 12,5 zusätzlichen Stellen auszukommen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung würden alle auf einem hohen Niveau arbeiten und hätten durchweg alle viel zu tun. Es könne durchaus sein, dass im nächsten Jahr weitere zusätzliche Stellen geschaffen werden müssen. Die Kreisverwaltung sei dankbar, wenn der Kreistag die Schaffung von zusätzlichen Stellen mittrage.

KA Köster führt aus, dass die zusätzlichen Stellen nachvollziehbar begründet worden seien. Es sei deutlich geworden, dass der Landkreis Ammerland im Gegensatz zu anderen Landkreisen deutlich niedrigere Personalkosten habe. Es bleibe zu hoffen, dass die Fallzahlen zukünftig auf dem Niveau blieben und nicht noch weiter ansteigen. Einmal geschaffene Stellen könnten nur schwer wieder rückgängig gemacht werden. Wenn die wirtschaftliche Situation einmal nicht so gut sein sollte, sei man sich bewusst, dass man zusätzliche Verantwortung gegenüber vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern übernehmen müsse. Die Fraktion B90/Die Grünen schließe sich dem Beschlussvorschlag und somit der Schaffung der zusätzlichen Stellen gerne an.

KA Orth führt im Namen der UWG-Fraktion aus, dass die Kreisverwaltung mit Augenmaß gehandelt habe. Für die zusätzlichen Anforderungen müsse entsprechend Personal vorgehalten werden, damit zum Wohle der Ammerländer Bürgerinnen und Bürger gearbeitet werden könne. Der Personalaufwand sei nach wie vor effizient und den zusätzlichen Stellen könne uneingeschränkt zugestimmt werden.

KA Herr Bruns schließt sich den Beiträgen seiner Vorredner an.

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

Der Stellenplan 2019 wird als Teil des Haushaltsplanes 2019 beschlossen.

**Zu TOP 7 Haushalt 2018; Überplanmäßige Aufwendungen für die Beseitigung von Trockenschäden auf Kreisstraßen
Vorlage: BV/202/2018**

EKR Kappelmann trägt den Sachverhalt vor. Er führt aus, dass die Kreisstraßen unter der langen Trockenheit des Sommers sehr gelitten hätten und die Moorstraßen deutlich Schaden genommen hätten. Insbesondere seien Moorstrecken in den Gemeinden Rastede und Edeweicht betroffen. Infolgedessen habe man auf verschiedenen Streckenabschnitten Geschwindigkeitsbegrenzungen anordnen müssen. Aufgrund der zum Teil extremen Straßenschäden werde vorgeschlagen, noch bis Weihnachten die größten Schäden zu beseitigen und dafür zusätzlich 300.000,00 € überplanmäßig zur Verfügung zu stellen. Dadurch könne vermieden werden, ggf. Teil- oder Vollsperrungen auf bestimmten Streckenabschnitten anzuordnen. Nach Rücksprache mit den Straßenmeistereien könnten mit den zusätzlichen Finanzmitteln die größten Schäden beseitigt werden. Über das Verschleißdeckenprogramm 2019 solle dann versucht werden, die restlichen Schäden zu beseitigen und finanziell abzudecken.

KA Wilters führt aus, dass die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag gerne zustimmen werde. Gerade im ländlichen Raum sei es wichtig, dass die Straßen in einem guten Zustand seien. Daher sei es sinnvoll und wichtig, die Straßen zu sanieren und Schäden zu beseitigen.

KA Herr Bruns gibt zu bedenken, ob der zeitliche Rahmen eingehalten werden könne und ob der finanzielle Rahmen in Höhe von 300.000,00 € ausreichen werde. Grundsätzlich könne die FDP-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen.

EKR Kappelmann erwidert, dass die Situation bei den Straßenbauunternehmen sehr angespannt sei. Auch bei den regulären Verschleißdeckenmaßnahmen gebe es Probleme bei der Ausführung und dadurch verzögere sich der zeitliche Ablauf. Er teilt mit, dass mit der Firma, die die Moorstreckensanierungen im Herbst ausgeführt habe, gesprochen worden sei und man hoffe, dass diese im Zuge einer Auftragsverlängerung die Trockenschäden noch in diesem Jahr beseitigen werde.

Auf Nachfrage von KA Kramer, nach welchen Kriterien eine Priorität festgelegt werde, antwortet EKR Kappelmann, dass die Auswahl der Strecken nach der technischen Expertise der Straßenmeistereien erfolge. Besonders stark betroffen seien Streckenabschnitte auf der K 142 in Edeweicht und auf der K 132 in Rastede. Diese Streckenabschnitte würden schwerpunktmäßig als erstes saniert werden.

Auf Nachfrage von KA Köster, ob nur Moorstrecken oder auch schon sanierte Straßen betroffen seien, antwortet EKR Kappelmann, dass nur Moorstraßen betroffen seien. Der Unterbau der sonstigen Kreisstraßen sei entsprechend robust aufgebaut und dort komme es eher selten zu Versackungsschäden.

KA Ort führt aus, dass in der Gemeinde Apen viele klassifizierte Straßen- und Gemeindestraßen von Versackungen betroffen seien. Die Schadensbeseitigung werde einige Jahre in Anspruch nehmen und hohe Kosten nach sich ziehen.

EKR Kappelmann weist darauf hin, dass im Februar die jährliche Straßenbereisung stattfinden werde und man dann entscheiden müsse, Finanzmittel ggf. auch in anderen Bereichen einzusetzen. Zurzeit wolle man nur die Schäden beseitigen, die die Verkehrssicherheit akut beeinträchtigen würden.

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

Für die Beseitigung von Trockenschäden auf Kreisstraßen und Radwegen werden im Haushaltsjahr 2018 als überplanmäßige Aufwendungen 300.000,00 € zur Verfügung gestellt.

Zu TOP 8 Haushaltsvollzug 2018
Vorlage: MV/101/2018

KVR Hullen trägt den Sachverhalt vor und verweist insbesondere auf die Gesamtübersicht auf Seite 34 der Vorlage. Geprägt sei das Jahr 2018 von Mehrerträgen bei der Kreisumlage und beim Finanzausgleich in Höhe von 4,4 Mio. Euro. Im Bereich der Frühförderung im Rahmen des Quotalen Systems habe das Land 2,7 Mio. Euro zusätzlich geleistet, da der Landkreis sein langjähriges Klageverfahren gegen das Land gewonnen habe. Im Ergebnishaushalt seien die Mehraufwendungen für die Beseitigung der Trockenschäden an Kreisstraßen und die Mehraufwendungen im Jugendhilfereich in Höhe von 2,7 Mio. Euro enthalten. Insofern rechne die Verwaltung im Saldo derzeit mit einem Überschuss in Höhe von 1,4 Mio. Euro. Im Rahmen des Jahresabschlusses werde mit weiteren Überschüssen durch höhere Gebührenerträge und Minderaufwendungen an anderer Stelle gerechnet, sodass der Jahresabschluss wohl einen höheren Überschuss aufweisen könne. Beim Finanzhaushalt sei man mit einem Minus von 9,6 Mio. Euro gestartet. Aufgrund der vorgenannten zu finanzierenden Maßnahmen und der einmaligen Zahlung an die Gemeinden und die Stadt Westerstede in Höhe von 4,8 Mio. Euro sowie durch geleistete außerordentliche Schuldentilgungen werde zum Jahresende mit einem Minus in Höhe von rd. 17 Mio. Euro gerechnet. Die Differenz könne aus der vorhandenen Liquidität geleistet werden und neue Kredite würden nicht benötigt.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

Zu TOP 9 Aufstockung Kreishaus, Übernahme des Gebäudeteils durch den Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/186/2018

KVR Hullen trägt den Sachverhalt vor.

KA Schmidt-Berg fragt nach, ob das durch die Aufstockung des Kreishauses erweiterte Raumangebot mit Blick auf die zusätzlichen Stellen ausreichend sei.

EKR Kappelmann führt aus, dass durch die Aufstockung 18 zusätzliche Büroräume geschaffen würden, die bereits durch Stellenmehrungen der letzten Jahre für das Jugendamt und für das Jobcenter verplant seien. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbei-

ter der Kreisverwaltung würden sich im Regelfall bereits zu zweit oder auch zu dritt ein Büro teilen. Die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die nunmehr zusätzlich einzuplanenden Stellen seien noch nicht berücksichtigt und es müsse nach Lösungen gesucht werden. Im Ausschuss für Feuerschutz und Bauwesen sei über das Problem bereits beraten worden und verschiedene Varianten seien vorgestellt worden, die zurzeit im Rahmen eines Planungsauftrages geprüft würden.

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

Der Landkreis Ammerland übernimmt mit der Fertigstellung der Gebäudeaufstockung diesen Gebäudeteil als wirtschaftlicher Eigentümer und erstattet dem Eigenbetrieb Immobilienbetreuung die hierfür aufgewendeten Errichtungskosten. Für diesen Zweck werden im Haushaltsplan 2019 insgesamt 1.600.000 € veranschlagt.

**Zu TOP 10 Haushaltsplan 2019; Wesentliche Produkte
Vorlage: MV/102/2018**

EKR Kappelmann trägt den Sachverhalt vor und verweist auf die Vorlage. Insbesondere geht er auf das Produkt „Beteiligungen“ auf Seite 39 der Vorlage ein, bei dem u. a. die Erträge aus den Beteiligungen ausgewiesen würden. Er teilt mit, dass im Jahr 2019 vom EWE-Verband eine um 500.000,00 € reduzierte Dividende ausbezahlt werde. Die Auszahlung der reduzierten Dividende hänge mit dem Ankauf bzw. der Übernahme der 26 % Anteile der EnBW zusammen. Die reduzierte Dividende werde für einige Jahre die Erträge des Landkreises belasten.

EKR Kappelmann führt zum Produkt „Steuern, allg. Zuweisungen und Umlagen“ auf den Seiten 40 und 41 der Vorlage aus, dass für dieses Produkt wesentliche Mehrerträge insbesondere bei den Schlüsselzuweisungen zu verzeichnen bzw. zu erwarten seien. Es werde in diesem Bereich mit einem Mehrertrag in Höhe von 2,6 Mio. Euro gerechnet. Des Weiteren würden Mehrerträge bei der Kreisumlage erwartet, obwohl weiterhin mit einem Kreisumlagehebesatz von 34 % geplant worden sei.

KA Köster fragt nach, wieviel Jahre die EWE eine geringere Dividende auszahlen werde. Seiner Meinung nach würden die Einnahmen steigen und dennoch wolle die EWE geringere Dividenden auszahlen.

LR Bensberg erläutert, dass die EWE die Dividende in gleichem Umfang wie bisher an die Eigentümer ausschüttele. Für die Übernahme der 26 % EnBW-Anteile durch die Kommunen als Eigentümer würden Finanzmittel benötigt, die am Kreditmarkt aufgenommen werden müssen. Dadurch würden Zins- und Tilgungszahlungen entstehen. Deshalb sei der Verband nicht mehr in der Lage, die komplette Ausschüttung der EWE an seine Verbandsmitglieder weiterzugeben. Es sei beabsichtigt, die Ausschüttung der Dividende nur über einen kurzen Zeitraum von max. drei Jahren zu reduzieren.

Auf weitere Nachfrage von KA Köster, ob die reduzierte Dividende nachträglich ausgeglichen werde, antwortet LR Bensberg, dass bei einem möglichen höheren Ver-

kaufserlös darüber nachgedacht werden müsse, die zusätzlichen Erlöse auszuschütten.

KA Rohde weist darauf hin, dass von vielen Seiten gefordert worden sei, dass die EWE wieder zu 100 % kommunal werden solle. Unter dieser Prämisse sei Kritik an der reduzierten Dividendenausschüttung nicht richtig. Die EWE habe zwei wichtige Entscheidungen getroffen. Zum einen habe man sich von der VNG getrennt und zum anderen suche man nach neuen strategischen Geschäftspartnern. Mit einem strategischen Geschäftspartner könne die EWE zukunftsfähig aufgebaut werden und dann könne auch weiterhin verlässlich eine Dividende dem Kreishaushalt zugeführt werden.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 11 Wertgrenzen nach § 12 KomHKVO
Vorlage: MV/103/2018**

KVR Hullen trägt den Sachverhalt vor und bezieht sich auf die Vorlage.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 12 Haushaltsplan 2019 a) Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2019 einschl. Stellenplan b) Investitionsprogramm 2019 bis 2022
Vorlage: BV/187/2018**

EKR Kappelmann trägt zum Haushaltsplan 2019 vor. Er führt aus, dass er aufgrund der guten Gesamtsituation des Kreishaushaltes nur positive Aspekte hervorheben wolle. Die gute Ausgangslage für den Haushalt 2019 beginne bereits mit dem Haushaltsplan 2018. Das Plandefizit des Jahres könne trotz der Mehranforderungen für die Beseitigung der Trockenschäden an Kreisstraßen oder der Mehranforderungen im Bereich der Jugendhilfe in einen Überschuss umgewandelt werden. Gelungen sei dies, weil vorsichtig kalkuliert worden sei und weil insbesondere im Bereich des Jugendamtes und des Sozialamtes hartnäckig gearbeitet worden sei. Bei der Frühförderung von Kindern sei durch die erfolgreiche Klage erreicht worden, dass die Finanzierung in das Quotale System übernommen worden sei und für die Jahre 2010 bis 2016 sei eine Nachzahlung erfolgt. Damit werde der Haushalt 2018 mit einem deutlichen Überschuss abschließen.

EKR Kappelmann teilt des Weiteren mit, dass man derzeit davon ausgehen könne, dass am Jahresende ca. 2,5 Mio. bis 3,0 Mio. Euro Überschuss vorhanden sein werden. Das sei eine gute Basis und Grundlage, um die nächsten Jahren anzugehen und dies insbesondere mit Blick auf die Liquidität. Im Bereich der Jugendhilfe sei bereits absehbar, dass es weiterhin Mehrbedarfe geben werde. Des Weiteren sei im Straßenbauausschuss beschlossen worden, zusätzliche Mittel für den Radwegebau und für Sonderprogramme wie z. B. für Bankettbefestigungen, für Markierungsarbeiten und für wegweisende Beschilderungen bereitzustellen. Dafür seien für 2019 rd. 400.000,00 € zusätzlich im Haushalt 2019 eingeplant worden. Gegenüber dem Vorjahr werde für den Haushalt 2019 ein Mehrbedarf in Höhe von rd. 4 Mio. Euro aus-

gewiesen. Dem gegenüber stünden Mehrerträge in Höhe von rd. 8 Mio. Euro. Allein bei der Kreisumlage sei eine Verbesserung in Höhe von 2,1 Mio. Euro zu erwarten. EKR Kappelmann führt weiter aus, dass der Landkreis seinen finanziellen Spielraum nicht nur im Ergebnishaushalt, sondern auch im investiven Bereich nutzen werde. Im Jahr 2019 sei im Investitionsprogramm ein Gesamtvolumen in Höhe von ca. 23 Mio. geplant. Zu den Schwerpunkten verweist er auf den Haushaltsplan und führt aus, dass insbesondere in die Digitalisierung der Schulen, in Kindertagesstätten und Kindergärten investiert werden solle. Des Weiteren werde schwerpunktmäßig in den Straßen- und Radwegebau bzw. deren Sanierung und in den Bereich Breitbandausbau investiert. Für den Breitbandausbau habe man in den nächsten vier Jahren insgesamt 15 Mio. Euro eingeplant. Bei dieser Größenordnung habe man sich mit den Gemeinden/der Stadt über die Finanzierung abgestimmt. Dabei sei vereinbart worden, dass der Landkreis die Finanzierung der Erschließung der weißen Flecken und die Anbindung der Schulen übernehmen sollte. Die Gemeinden und die Stadt Westerstede würden im Gegenzug auf eine mögliche Senkung der Kreisumlage für die nächsten vier Jahre verzichten.

EKR Kappelmann macht deutlich, dass das Investitionsvolumen in Höhe von ca. 23 Mio. Euro aus der vorhandenen Liquidität gezahlt werden könne, ohne dass man auf Kreditaufnahmen angewiesen sei. In Bezug auf den Finanzplanungszeitraum von 2020 bis 2022 führt er aus, dass man von ausgeglichenen Haushalten mit leichten Überschüssen ausgehe und man auch die Umsetzung der geplanten Investitionen ohne weitere Kreditaufnahmen bewerkstelligen könne.

EKR Kappelmann bittet abschließend um Zustimmung zum Haushaltsplan 2019, zum Investitionsprogramm 2019 bis 2022 sowie zur Festsetzung der Kreisumlage auf 34 %-Punkte.

KA Frau Bruns dankt EKR Kappelmann für den erfreulichen Bericht. Ein Haushalt mit 22,3 Mio. Euro an Investitionen sei bemerkenswert. Trotz der vielen Investitionen könnten die Schulden gesenkt werden. Daraus lasse sich schließen, dass der Kreistag umsichtig und richtig gehandelt habe. Bei der Breitbandversorgung sei eine gute Lösung gefunden worden. Des Weiteren werde der Landkreis den Gemeinden/der Stadt Zuwendungen für die Kindertagesstätten und Kindergärten zukommen lassen. Insofern würden die Gemeinden und die Stadt Westerstede in den nächsten Jahren auf eine Senkung der Kreisumlage verzichten. Der Breitbandausbau sei erforderlich, damit alle gewerblichen und landwirtschaftlichen Betriebe und alle Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Ammerland über schnelles Internet verfügen können. Auch für die Schulen sei eine Breitbandanbindung erforderlich, um auch in diesem Bereich im digitalen Zeitalter mithalten zu können. Aufgrund der positiven Haushaltslage könne investiert werden. Ziel müsse es aber bleiben, weiterhin Schulden abzubauen. Negativ zu bewerten seien die steigenden Jugendhilfekosten. Dies sei u. a. dem Umstand geschuldet, dass die Menschen aufmerksamer geworden seien und dem Jugendamt mehr Meldungen über Kindeswohlgefährdungen zukommen lassen würden. Die CDU-Fraktion werde dem Beschlussvorschlag uneingeschränkt zustimmen.

KA Kramer führt aus, dass er seit vielen Jahren im Kreistag tätig sei. Der Haushalt des Landkreises Ammerland sei in den vorangegangenen Jahren immer spannender geworden und der Haushalt 2019 sei sehr erfreulich. Er schließt sich dem Beitrag von KA Frau Bruns voll inhaltlich an. Er geht im Weiteren auf den Kreuzungsbereich

Brüderstraße/Mittellinie in Petersfehn ein. Mitglieder der SPD-Fraktion hätten sich den Bereich nochmals angesehen und hätten mit den Bürgerinnen und Bürgern in Petersfehn gesprochen. Es sei deutlich geworden, dass in diesem Bereich unbedingt eine Lösung gefunden werden müsse. Daher werde beantragt, 60.000 € Planungskosten in den Haushalt 2019 zusätzlich aufzunehmen. Des Weiteren müsse mit der Gemeinde Bad Zwischenahn gesprochen werden, weil diese evtl. die Ortsdurchfahrt Petersfehn verändern bzw. sanieren wolle und dafür 250.000,00 € in ihrem Haushalt eingeplant habe.

EKR Kappellmann erläutert, dass aus der letzten Straßenbauausschusssitzung der Hinweis aufgenommen worden sei, dass der Landkreis sich weiter um diesen Kreuzungsbereich bemühen solle. Die Verwaltungsvorschläge hätten keine Mehrheit gefunden und insofern werde an Alternativplanungen gearbeitet. Die Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr habe die Planungen aufgenommen, um für den Straßenbauausschuss im Februar 2019 konkrete Vorschläge unterbreiten zu können. Es sei zum Planungsbeginn noch nicht bekannt gewesen, dass die Gemeinde Bad Zwischenahn die Ortsdurchfahrt sanieren wolle. Der Landkreis werde mit der Gemeinde Bad Zwischenahn in Kontakt treten, um ggf. gemeinsam an dem Projekt zu arbeiten. Eine zusätzliche Bereitstellung von Haushaltsmitteln sei seiner Meinung nach nicht erforderlich, da man bei der endgültigen Festlegung einer Variante zum Ausbau der Kreuzung die Mittel überplanmäßig bereitstellen könne.

LR Bensberg erklärt, dass die Kreisverwaltung mit der Gemeinde Bad Zwischenahn Kontakt aufnehmen werde und deren Planungen in die Vorbereitung der nächsten Straßenbauausschusssitzung mit aufnehmen werde. Dabei müsse beachtet werden, dass nicht parallel geplant werde, sondern dass entweder die Gemeinde oder der Landkreis Träger der Planungen sei. Sollte die Gemeinde Träger der Planung werden, werde der Landkreis voraussichtlich erst im Jahr 2020 die Kosten für die Planungsmaßnahmen tragen müssen. Insofern würde ein Betrag in den Haushalt aufgenommen, ohne dass konkrete Planungsaufträge vorlägen. Er ist der Meinung, dass im Straßenbauausschuss zunächst konkrete Maßnahmen beraten werden sollten.

KA Kramer macht deutlich, dass die SPD-Fraktion die Bereitstellung von Haushaltsmitteln als Zeichen für die Bevölkerung verstehe.

KA Rohde stellt in Frage, ob als erstes der Fachausschuss beraten müsse oder ob nicht auch andere eine Richtung vorgeben könnten. Es sei Aufgabe des Haushalts- und Personalausschusses über die Bereitstellungen von Planungsmitteln initial ein Zeichen zu setzen. Der Antrag solle zeigen, dass man über den Haushalt ein politisches Zeichen setzen wolle. Auch gegenüber der Gemeinde Bad Zwischenahn könne damit deutlich gemacht werden, dass Handlungsbedarf für den Kreuzungsbereich gesehen werde und dass der Kreistag initiativ werde.

KA Köster hält den Haushalt 2019 für sehr ausgewogen und seiner Meinung nach erfülle der Landkreis seine Aufgaben sehr gut. Im Bereich der Jugendhilfe sei beeindruckend, was der Landkreis zu schaffen vermag, insbesondere wenn man die Steigerungen der letzten Jahre in Betracht ziehe. Des Weiteren wolle der Landkreis die Breitbandversorgung sichern und kümmere sich in vielen Bereichen sehr umfangreich.

KA Köster merkt kritisch an, dass der Landkreis Ammerland die festgelegten Ziele im Bereich Klimaschutz nicht erreichen werde. Die Einhaltung der Klimaschutzziele werde immer schwieriger, wenn immer mehr Gebäude durch den Landkreis unterhalten werden müssten. Er ist davon überzeugt, dass man auf Dauer so nicht weitermachen könne. Seiner Meinung nach müsse noch radikaler energiesparend gebaut werden und es bedürfe einer großen Sensibilität sowie Anstrengung, um das Klimaziel zu erreichen. Das Klimaschutzziel sei eine wesentliche Aufgabe, die der Landkreis noch erfüllen müsse.

KA Orth führt aus, dass man beim Thema Breitband bzw. Internet davon ausgehen müsse, dass eine gute Breitbandversorgung so selbstverständlich vorhanden sein müsse, wie z. B. ein Wasseranschluss für jeden Haushalt. Er hält es für wichtig, dass der Breitbandausbau im Landkreis Ammerland fortgeführt werde und gemeinsam mit den Gemeinden und der Stadt Westerstede eine Strategie entwickelt worden sei. Der Landkreis Ammerland müsse in Bezug auf die Breitbandanbindung konkurrenzfähig bleiben. Des Weiteren führt er aus, dass der Haushalt viele Facetten habe. Wichtig seien die Schulen und die Kindergärten und für die Familien müsse rechtzeitig und genügend getan werden. Positiv seien die personellen Veränderungen und die damit verbundenen Einstellungen weiterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu sehen. Weiterhin seien Investitionen in Straßen und Radwege wichtig. Der Haushalt 2019 sei ein ausgewogener Haushalt, dem die UWG-Fraktion gerne zustimmen werde.

KA Herr Bruns teilt mit, dass dem Haushalt 2019 uneingeschränkt zugestimmt werden könne, ohne dass der Kreistag viel Einfluss auf die positive Entwicklung genommen habe. Es sei erfreulich, dass viele Investitionen umgesetzt werden konnten und zukünftig umgesetzt werden können. Man müsse einen Überblick haben und vorausschauend tätig werden. Bei den Energie- und Klimaschutzzielen könne es eng werden, weil die Kreisverwaltung ständig wachse. Seiner Meinung nach sei der Landkreis aber auf einem guten Weg, sich den Zielen des Klimaschutzes zu nähern. KA Herr Bruns geht im Weiteren auf den Antrag der SPD-Fraktion ein. Es sei nicht gängige Praxis, so vorzugehen. Es sei durch den Straßenbauausschuss bereits ein Zeichen gesetzt worden und Planungsmittel im Vorfeld seien für ihn neu. Er bezweifelt, dass es sich dabei mittelfristig um den richtigen Weg handle, er könne dem Antrag nicht zustimmen.

LR Bensberg geht auf die allgemeinen Ausführungen zum Haushalt ein. Er dankt in diesem Zusammenhang für die geäußerte Zufriedenheit mit der Kreisverwaltung. Bzgl. der Aussage von KA Herrn Bruns zur Einflussnahme des Kreistages auf den Haushalt des Landkreises führt er aus, dass dies nur die Einnahmeseite betreffe. Für die Ausgabeseite sei der Kreistag verantwortlich, der immer umsichtig, sensibel und vorausschauend gehandelt habe. Diese umsichtige Handlungsweise, insbesondere bei Dauerverpflichtungen, zeichne den Kreistag des Landkreises Ammerland aus. Der Haushalt sei eine Sammlung von Beschlüssen, die der Kreistag beschlossen habe und damit Maßnahmen auf den Weg gebracht werden konnten.

Im Weiteren Verlauf der Aussprache wird Bezug genommen auf den Antrag der SPD-Fraktion. Es wird unter Beteiligung von KA Frau Bruns, KA Rohde, KA Orth und KA Taeger das Für und Wider der Bereitstellung von Haushaltsmitteln als Zeichen des Handlungsbedarfes diskutiert. Dabei wird deutlich, dass der Antrag der SPD-Fraktion bei den anderen Fraktionen nicht als zwingend notwendig angesehen wird.

Die SPD-Fraktion stellt folgenden Antrag als Ergänzung des vorliegenden Beschlussvorschlages:

„Für die Planungen des Umbaus der Kreuzung K 139 Brüderstraße/K138 Mittelinie in Bad Zwischenahn-Petersfehn werden zusätzlich 60.000,00 € bereitgestellt.“

Der Antrag der SPD-Fraktion wird mit 3 Ja-Stimmen, 3 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen abgelehnt.

KA Schmidt-Berg geht auf den Breitbandausbau ein. In der aktuellen Ausgabe der IHK sei das Thema aufgegriffen worden. In diesem Bericht sei auf einer Karte dargestellt worden, wie sich der Breitbandausbau insgesamt entwickelt habe. Es sei deutlich geworden, dass das Ammerland in der Betrachtung in Niedersachsen sehr gut aufgestellt sei. Niedersachsen habe insgesamt noch sehr viele weiße Flecken. Der Landkreis Ammerland stehe gut dar und somit sei die Entscheidung zum Breitbandausbau richtig gewesen.

In Bezug auf den Klimaschutz führt KA Schmidt-Berg aus, dass der Landkreis Ammerland viele neue Gebäude geschaffen habe und in der Folge müsse akzeptiert werden, dass das angestrebte Ziel zum Klimaschutz evtl. nicht erreicht werden könne. Seiner Meinung nach gebe es andere Regionen, die sich weitaus mehr Gedanken zum Klimaschutz machen müssten. Der Landkreis Ammerland ist seiner Ansicht nach auf einem guten Weg.

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

Zu a)

Die Haushaltssatzung 2019 einschl. Haushaltsplan und Stellenplan wird beschlossen.

Zu b)

Das Investitionsprogramm 2019 bis 2022 wird beschlossen.

Zu TOP 13 Mitteilungen des Landrates

Keine Mitteilungen.

Zu TOP 14 Anfragen und Hinweise

Keine Anfragen und Hinweise.

Zu TOP 15 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

Zu TOP 16 Schließung der öffentlichen Sitzung

Vors. Finke schließt die öffentliche Sitzung.